



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.:	051-2020
Vorstossart:	Interpellation
Richtlinienmotion:	<input type="checkbox"/>
Geschäftsnummer:	2020.RRGR.72
Eingereicht am:	09.03.2020
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Hamdaoui (Biel/Bienne, CVP) (Sprecher/in) Grivel (Biel/Bienne, FDP) Dunning (Biel/Bienne, SP)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt	
RRB-Nr.:	971/2020 vom 26. August 2020
Direktion:	Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Mangel an französischsprachigen Fachärzten

Nach mehreren Medienberichten über den Fachärztemangel zeigt sich auch der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB) besorgt, dass es im französischsprachigen Kantonsteil zu wenig französischsprachige Fachärztinnen und Fachärzte gibt (Medienmitteilung vom 20. Februar 2020). Ursprung dieser Sorge ist, dass für einen Ende 2019 pensionierten französischsprachigen Urologen bis heute keine Nachfolgeregelung gefunden werden konnte.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Teilt der Regierungsrat diese Sorge?
2. Wie ist zu erklären, dass von den 35 im Kanton Bern praktizierenden Urologinnen und Urologen nur gerade 2,5 im französischsprachigen Kantonsteil (Biel und Berner Jura) praktizieren, während es allein in der Agglomeration Bern 17 sind?
3. Befürchtet der Regierungsrat nicht, dass sich dieser Mangel an französischsprachigen Fachärztinnen und Fachärzten negativ auf die Versorgungsqualität auswirkt? Hat er beispielsweise die Gewissheit, dass die vielen Patientinnen und Patienten des besagten Bieler Urologen, der sich hat pensionieren lassen, schon bald wieder eine neue Urologin oder einen neuen Urologen finden?
4. Bestehen diese sprachlichen und regionalen Unterschiede auch in anderen medizinischen Fachbereichen?
5. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen, um dieser Ungleichbehandlung ein Ende zu setzen?
6. Hat der Regierungsrat die Absicht, beim Bund zu intervenieren, um über einen grösseren Handlungsspielraum zu verfügen, damit im französischsprachigen Kantonsteil bzw. in den Regionen mit beginnendem Fachärztemangel die Eröffnung von Facharztpraxen gefördert werden kann?

Antwort des Regierungsrates

Die gute medizinische Versorgung aller Regionen ist dem Regierungsrat ein zentrales Anliegen. Ebenso ist es sehr wichtig, dass die vorhandenen Mittel zur Eindämmung des Wachstums der Gesundheitskosten, das unter anderem in direktem Zusammenhang mit der Anzahl der zugelassenen Spezial-Fachärzte steht und für die hohe Belastung der Bevölkerung durch die Krankenkassenprämien mitverantwortlich ist, zielgerichtet, aber verhältnismässig angewendet werden.

Zu Frage 1:

Im Kanton Bern besteht grundsätzlich keine Unterversorgung an Spezialärzten. Die Verteilung auf die einzelnen Verwaltungskreise ist jedoch unregelmässig mit einer Konzentration in den urbanen Gebieten und insbesondere im universitären Zentrum in der Stadt und Region Bern. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass in anderen Städten und Regionen dadurch längere Anfahrtszeiten insbesondere zu spezialärztlichen Behandlungen in Kauf genommen werden müssen. Der Regierungsrat ist darum besorgt, dass der Bevölkerung des ganzen Kantons eine gute medizinische Versorgung gewährt wird, ist sich aber auch bewusst, dass dies nicht beinhalten kann, dass alle Fachgebiete in allen Regionen gleich gut repräsentiert sind und sein werden.

Zu Frage 2:

Im Kanton Bern sind aktuell 46 Urologinnen und Urologen mit einer Berufsausübungsbewilligung tätig. Davon führen rund 60 Prozent eine eigene Praxis, rund 40 Prozent sind in einem Spital tätig. 17 Urologinnen und Urologen bringen gemäss deren eigenen Angaben im FMH-Verzeichnis die erforderlichen Sprachkenntnisse mit, um Patientengespräche auch in französischer Sprache führen zu können, davon zehn in der Stadt Bern. Die weiteren verteilen sich auf die Verwaltungskreise Biel-Bienne (3), Berner Jura (1), Frutigen-Niedersimmental (2) und Emmental (1).

Die Konzentration der ärztlichen Spezialisten in den grösseren städtischen Zentren und insbesondere im Raum der universitären Zentren, so auch in der Stadt Bern, ist ein in der ganzen Schweiz bekanntes Phänomen. Zur Konzentration trägt auch die Bildung von spezialisierten urologischen Ärztezentren bei.

Es gibt derzeit keine gesetzliche Grundlage, um die freie Wahl der Niederlassung der Ärztinnen und Ärzte einzuschränken, mit Ausnahme, wenn in der Grossregion und überkantonale eine klare Unterversorgung festzustellen wäre. Es ist möglich, dass die zukünftige Zulassungsregulierung, welche im Rahmen der KVG-Revision, die in der Sommersession der Eidgenössischen Räte verabschiedet werden sollte, eingeführt werden soll, mehr Steuerungsmöglichkeiten bieten wird.

Die Gründe für die ungleichmässige geographische Verteilung der Spezialisten sind mannigfaltig. Dabei spielen wirtschaftliche, technologische und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen eine Rolle. Pensionierungen, das Bedürfnis der jüngeren Ärzteschaft nach Teilzeitarbeit und nach einer Tätigkeit im Angestelltenverhältnis, hohe Notfalldienstbelastung in peripheren Gebieten, veränderte Patientenströme und die Demografie haben ebenfalls einen wichtigen Einfluss.

Zu Frage 3:

Die Sprachkenntnis ist zur Ausübung des ärztlichen Berufes, bzw. zur wirkungsvollen Versorgung der Patientinnen und Patienten ein sehr wichtiger Faktor. Die niedrigere Anzahl von Spezialärzten, wie z.B. Urologinnen und Urologen, in der Stadt und Region Biel hat nicht automatisch eine negative Auswirkung auf die

Versorgungsqualität, da wie in der Antwort auf die Frage 2 aufgezeigt, vor allem in der Stadt Bern ein breites und qualifiziertes Angebot durch französischsprachige Urologinnen und Urologen sowie eine entsprechende universitäre Einrichtung besteht. Es ist ein längerer Anfahrtsweg zu überwinden, aber es steht keine schlechtere, sondern dieselbe Versorgungsqualität zur Verfügung. Im Gegensatz zu den Grundversorgungsfachgebieten wie Allgemeine Innere Medizin, Kinder- und Jugendmedizin oder praktische/r Ärztin/Arzt, Psychiatrie und Gynäkologie, werden für die Patientinnen und Patienten bei spezialärztlichen Gebieten wie der Urologie und vielen anderen, generell Anfahrtswege von rund 30 Minuten als zumutbar erachtet. In diesem Rahmen ist davon auszugehen, dass alle Patientinnen und Patienten rasch eine neue urologische Versorgung finden werden. Mittel- bis längerfristig sollte dies auch wieder näher von der Stadt Biel möglich sein.

Zu Frage 4:

Eine regional und sprachlich unterschiedliche Versorgungsdichte lässt sich in der Tendenz sowohl bei ärztlichen Grundversorgern als auch bei ärztlichen Spezialisten ausmachen und betrifft alle Sprachregionen. Wie in der Antwort auf die Frage 2 ausgeführt, ist hierbei die Entwicklung einer städtischen Konzentration an ärztlichen Angeboten massgebend.

Zu Frage 5:

Der heutigen Versorgungssteuerung durch die Kantone sind enge Grenzen gesetzt. Ärztinnen und Ärzte, welche die gesetzlichen Voraussetzungen nach dem Krankenversicherungsgesetz für eine ordentliche Zulassung zur Abrechnung zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung erfüllen, sind in der Auswahl des Ortes ihrer Tätigkeit frei.

Im Bereich von ausserordentlichen Zulassungen, die insbesondere bei spezialisierten ausländischen Ärztinnen und Ärzten zum Tragen kommt, nimmt der Kanton seine Steuerungsaufgabe wahr und erteilt derartige Zulassungen unter den restriktiven Auflagen einzelfallweise. Dabei ist zum einen erforderlich, dass in einem Fachgebiet eine ausgewiesene Unterversorgung besteht. Zum anderen wird seitens der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) bzw. des zuständigen Kantonsarztamtes vorausgesetzt, dass Ärztinnen und Ärzte, die mit dem Schweizer Gesundheitssystem noch nicht genügend vertraut sind, zu Beginn ihrer Tätigkeit in einem Spitalumfeld arbeiten oder eng mit einem Spital zusammenarbeiten. Dies war auch dem zur Diskussion stehenden französischen Urologen für die Stadt Biel so angeboten worden. Dieser lehnte das Angebot aber, aus nicht bekannten Gründen, schliesslich ab.

Eine wesentliche Rolle spielt auch der Aspekt, ob die Spitäler einer Region in der Aus- und Weiterbildung einzelner Fachgebiete ihre Rolle wahrnehmen. Es bestehen Bestrebungen, im Spitalzentrum Biel eine urologische Abteilung/Klinik mit Weiterbildungsanerkennung zu schaffen. Dies wird die Attraktivität der Region für dieses Spezialfach stärken. Des Weiteren ist auf den Regierungsratsbeschluss vom 26. Juni 2019 betreffend Umsetzung des Berichts der Expertenkommission Zweisprachigkeit vom 30. August 2018 hinzuweisen, mit dem die GSI beauftragt wurde, in Zusammenarbeit mit dem Inselspital und anderen Listenspitälern, die gemäss Artikel 3 Absatz 5 des Spitalversorgungsgesetzes der Zweisprachigkeit verpflichtet sind (dazu gehört das Spitalzentrum Biel), einen konkreten Massnahmenplan zur Gewährleistung der Zweisprachigkeit in Spitälern zu erarbeiten. Die GSI hat dabei im Ausbildungsangebot des Gesundheits- und Pflegebereichs Massnahmen zu ergreifen, um in zweisprachigen Einrichtungen die Präsenz von Personal beider Amtssprachen sowie die Sprachkompetenzen des Personals und der Personen in Ausbildung zu verbessern.

Der Regierungsrat und die zuständige Direktion verfolgen die Debatte um die Anpassung der Zulassungsregulierung auf nationaler Ebene sehr eng und bringen für den Kanton Bern wichtige Aspekte wiederholt

ein, um ein wirkungsvolleres Instrumentarium für eine regional abgestimmte Zulassungsregulierung zu erhalten.

Zu Frage 6:

Wie bereits ausgeführt, besteht kein genereller Mangel an Fachärzten, sondern viel mehr eine sehr ungünstige geographische Verteilung.

Aus Sicht des Regierungsrates müssen die Regionen zunehmend die Versorgung koordinieren. Eine Zusammenarbeit zwischen den Spitälern und den niedergelassenen Spezialisten der verschiedenen Regionen muss aufgebaut werden, welche die Versorgung aller Regionen gewährleisten, also z.B. durch Urologen aus der Stadt Bern bzw. der Universität in peripheren Regionen oder auch in der Stadt Biel.

Im Zusammenhang mit der laufenden KVG-Revision werden die Kantone verpflichtet, Höchstzahlen für ambulant tätige Ärztinnen und Ärzte zu bestimmen, die zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung abrechnen dürfen. Die bundesrechtlichen Vorgaben, welche die Kantone dabei zu berücksichtigen haben, sind noch nicht im Detail bekannt. Der Kanton Bern wird sich im Rahmen der Vernehmlassung zum Ausführungsrecht dafür einsetzen, dass dabei sprachliche Kriterien gebührend berücksichtigt werden.

Die Festlegung der optimalen Ärztedichte, insbesondere bei Spezialärzten und in einem einzelnen Verwaltungskreis, gestaltet sich darüber hinaus aber komplex. Die heutigen Überlegungen, die in Zusammenhang mit der Festlegung von kantonalen Höchstzahlen im Rahmen der KVG-Revision angestellt werden, gehen davon aus, dass für die Versorgungssicherheit zwischen Grundversorgern und Spezialärzten unterschieden und bei Letzteren wiederum nach der entsprechenden Patientennachfrage differenziert werden muss. Dabei ergeben sich Gruppen von Spezialfächern, wo eine wohnortnahe, eine regionale oder eine überregionale Versorgung erforderlich ist.

Die Facharztgruppe Urologie gehört nach dieser Kategorisierung zur regionalen Versorgungsklasse¹. Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass sich die Frage nach einem allfälligen regionalen Mangel an französisch sprechenden Fachärzten nicht allein anhand der Anzahl der Fachärzte auf dem Gebiet des französischsprachigen Kantonsteil beantworten lässt. Wie im vorgenannten Abschnitt erwähnt, braucht es dazu eine regionale oder gar überregionale Betrachtung. Den Regionen und Gemeinden steht es ausserdem frei, weitere Massnahmen zu ergreifen, um Fachärztinnen und -ärzte zu motivieren sich dort niederzulassen.

Verteiler:

- Grosser Rat

¹ In die gleiche Kategorie gehören die Fachärztinnen und -ärzte im Bereich Dermatologie und Venerologie, Radiologie, Oto-Rhino-Laryngologie, Orthopädische Chirurgie und Traumatologie des Bewegungsapparates, Rheumatologie, Kardiologie, Gastroenterologie, Chirurgie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Neurologie, Pneumologie und Anästhesiologie zur Versorgungskasse